Problembeschreibung/Begründung:

Das Amt und die Gemeinden haben derzeit die Internetbekanntmachung als einzige amtliche Bekanntmachungsform in ihren Hauptsatzungen geregelt. Rechtsgrundlage ist die Durchführungsverordnung zur Kommunalverfassung des Landes M-V, die dies ausdrücklich erlaubt. (Die zusätzlichen Veröffentlichungen im Informationsblatt „Der Landbote“ und der zusätzliche Aushang der Bekanntmachungen der GV-Sitzungen haben keine rechtliche Bedeutung.)

Das niedersächsische Obergericht hat in dieser Praxis, soweit öffentliche Bekanntmachungen aufgrund des Baugesetzbuches (BauGB) erfolgen, einen Verstoß gegen höherrangiges Bundesrecht gesehen. Nach § 4a Abs.4 Satz 1 BauGB können bei der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung ergänzend Informationstechnologien genutzt werden. Da die Internetbekanntmachung in diesen Fällen also nur zusätzlich genutzt werden darf, muss eine andere Bekanntmachungsform gewählt werden.

Wir schlagen der Gemeinde hierfür den Aushang vor, weil „Der Landbote“ inzwischen kein amtliches Bekanntmachungsblatt mehr ist und nur monatlich erscheint. Das Informationsblatt dürfte einen amtlichen Bekanntmachungsteil enthalten, für die Bürger wäre das aber irritierend. Außerdem müsste die Gemeinde die Auslegestellen für das Informationsblatt verbindlich in der Hauptsatzung bestimmen.

Zusätzlich können die Bekanntmachungen nach BauGB auch weiterhin auf der Internetseite des Amtes und wie bisher im Informationsblatt veröffentlicht werden. Zusätzliche Veröffentlichungen sollten wegen der rechtssicheren Abgrenzung zu den amtlichen Bekanntmachungen aber nicht in der Hauptsatzung geregelt werden.

Da im § 8 mehrere Absätze von der Änderung betroffen sind und wegen des sachlichen Zusammenhangs teilweise die Reihenfolge der Absätze geändert wurde, haben wir die Änderungen als Neufassung des gesamten § 8 formuliert. In der Anlage 2 sind diese blau markiert. Die bisherige Formulierung „Einladungen zu den Sitzungen“ wurde ersetzt durch die Formulierung in der Kommunalverfassung, dass Zeit, Ort und Tagesordnung der GV-Sitzungen öffentlich bekannt zu machen ist.

In § 8 Abs. 4 (neue Fassung) wurde die bisherige Formulierung „unter obiger Adresse“ ersetzt durch die vollständige Anschrift des Amtes, um unmissverständlicher anzugeben, wo die Satzungen ausliegen.

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 15.01.2013 den Beschluss der vorliegenden Hauptsatzungsänderung mit dem Vorschlag empfohlen, im Gemeindegebiet zwei Bekanntmachungstafeln für amtliche Bekanntmachungen zu verwenden. Genutzt werden soll zu diesem Zweck die neu aufgestellte Bekanntmachungstafel in Klein Schwaß.